

Wirtschaftskrise dringt tief in die Betriebe

Acht Millionen Euro weniger Gewerbesteuereinnahmen aus kleineren Unternehmen

VON HANS-JÜRGEN AMTAGE

Minden (mt). Die Stadt Minden steht vor einer katastrophalen Haushaltssituation.



Die ohnehin schon angespannte Finanzlage der Stadt Minden wird durch die Wirtschaftskrise verschärft. Jetzt erließ Bürgermeister Michael Buhre eine Haushaltssperre. | Foto: DPA

Gestern legten Bürgermeister Michael Buhre und Kämmereileiter Norbert Kresse dem Hauptausschuss den Gesamtfinanzbericht mit Stand vom 31. August vor. Die Prognose für Ende Dezember: Der Stadthaushalt wird sich im Ergebnis massiv um rund 16,36 Millionen Euro verschlechtern. Das strukturelle Defizit würde sich demnach von den geplanten 11,94 Millionen Euro auf 28,3 Millionen Euro erhöhen (das MT berichtete bereits gestern).

Grund für die enorme Erhöhung des Defizites ist der Einbruch bei der Gewerbesteuer um rund 40 Prozent, was ein Minus von 13,75 Millionen Euro ausmacht, und des Gemeindeanteiles bei der Einkommenssteuer, der mit einem Minus von 3,35 Millionen Euro zu Buche schlägt. Wegen der diesjährigen Tarif- und Besoldungsanpassungen muss die Kommune außerdem Mehraufwendungen

in Höhe von 3,8 Millionen Euro besonders für Pensionsrückstellungen leisten. Infolge der Wirtschaftskrise werden für Hartz IV Mehraufwendungen in Höhe von rund 600 000 Euro prognostiziert.

Vor diesem Hintergrund erließ Buhre am 15. September eine Haushaltssperre, die im Wesentlichen den bereits im Frühjahr veranlassten Gegensteuerungsmaßnahmen entspricht. "Diese Sperre habe ich vorsichtshalber erlassen, damit es in den letzten Monaten dieses Jahres nicht noch irgendwelche Überraschungen gibt", betonte der Bürgermeister im MT-Gespräch.

Als Gegensteuerungsmaßnahmen sollen im Rahmen der Haushaltssperre und ursprünglich freiwilligen Vereinbarungen unter anderem Kürzungen der Planansätze in nahezu allen Geschäftsbereichen, eine halbjährige Wiederbesetzungssperre bei Stellen, sowie keine zusätzlichen Aufträge an die Städtischen Betriebe bei Gebäudeleistungen greifen.

Wie tief die Wirtschaftskrise auch nach Minden hinein reicht, wird nach Ansicht von Norbert Kresse und Michael Buhre bei der Gewerbesteuer deutlich. Von den 13,75 Millionen Euro, die voraussichtlich am Ende des Jahres im Haushalt fehlen werden, entfallen rund fünf Millionen auf die rund 30 Unternehmen, die mehr als 50 000 Euro Gewerbesteuer zahlen. Der weitaus größere Anteil von rund acht Millionen Euro aber geht auf die etwa 2300 steuerpflichtigen Firmen in Minden zurück, die unter der 50 000-Euro-Marke liegen und von denen ohnehin nur rund 1100 Unternehmen Gewerbesteuer zahlen. "Die Krise trifft vor allem auch die kleinen Unternehmen", erläutert Kresse.

Angesichts der Gesamtentwicklung stelle sich nicht nur für die Stadt Minden sondern für nahezu alle Kommunen die Frage der Handlungsfähigkeit, erklärte Buhre. Der hofft, dass die katastrophale Finanzsituation der meisten Städte und Gemeinden zu der Einsicht führt, eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit mache Sinn: "Das betrifft sowohl die Horizontale, also die Gemeindeebene, als auch die Vertikale, das Verhältnis Kreis und Gemeinden."

Joachim Hucke (CDU) bemängelte gestern im Hauptausschuss, Bürgermeister Buhre habe nicht früh genug ausreichend deutlich gemacht, wie negativ sich der Etat entwickle: "Ein Nachtragshaushalt wäre ein Signal gewesen."

Dokumenten Information

Copyright © Mindener Tageblatt 2009
Dokument erstellt am 25.09.2009 um 02:25:20 Uhr
Letzte Änderung am 25.09.2009 um 11:13:44 Uhr

Texte und Fotos aus MT-Online sind urheberrechtlich geschützt.
Weiterverwendung nur mit Genehmigung der Chefredaktion.

URL: http://www.mt-online.de/lokales/minden/?em_cnt=3156607&em_loc=239